NAUST & HUNECKE

Wirtschaftsprüfung Steuerberatung Rechtsberatung

NAUST & HUNECKE • Postfach 2065 • D-58590 Iserlohn

ISERLOHN

Lange Straße 19
D-58636 Iserlohn
Telefon +49 (0) 23 71 / 77 46 0
Telefax +49 (0) 23 71 / 77 46 30

HAGEN

Elbersufer 1
D-58095 Hagen
Telefon +49 (0) 23 31 / 37 607 0
Telefax +49 (0) 23 31 / 37 607 77

info@nausthunecke.de
www.nausthunecke.de

3

DIE MANDANTEN | INFORMATION

Themen dieser Ausgabe

- Änderungen des Umsatzsteuergesetzes durch das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz u.a. Gesetze

Sonderausgabe Juli 2013

*Sehr geehrte Mandantin,
sehr geehrter Mandant,*

das Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz (AmtshilfeRLUmsG) enthält u.a. neben den Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie 2010/45/EU/(sog. Rechnungsstellungsrichtlinie), die bereits zum 1.1.2013 in allen Mitgliedsstaaten umzusetzen war, u.a. Änderungen zum Vorsteuerabzug und beim Ort der Dienstleistung, die Neufassung der Umsatzsteuer-Befreiungsvorschriften, die Ausweitung des Reverse-Charge-Verfahren. Die Änderungen sind ganz überwiegend mit der Verkündung am 29. Juni 2013 in Kraft getreten. Darüber hinaus liegt ein BMF-Schreiben zu den umsatzsteuerlichen Auswirkungen der Aufnahme Kroatiens in die Europäische Union zum 1. Juli 2013 vor.

Wir informieren nachfolgend über die wesentlichen Änderungen.

1. Pflichtangabe Gutschrift

Der mit Wirkung vom Tag nach Verkündung des Gesetzes neu aufgenommene § 14 Abs. 4 S. 1 Nr. 10 regelt, dass in den Fällen der Ausstellung der Rechnung durch den Leistungsempfänger die Angabe „Gutschrift“ zwingend in die Rechnung aufzunehmen ist. Alternativ-Bezeichnungen wie „credit note“ oder „Eigenfaktura“ sieht das Gesetz nicht vor und dürften daher zur Versagung des Vorsteuerabzugs führen.

2. Weitere Angaben bei der Rechnungserteilung in besonderen Fällen und Frist zur Rechnungserteilung bei in anderen Mitgliedsstaaten steuerpflichtigen Reverse-Charge-Umsätzen

Erbringt der in Deutschland ansässige Unternehmer in einem anderen Mitgliedsstaat eine Leistung, so ist er zur Ausstellung einer Rechnung mit der Angabe „Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers“ verpflichtet, wenn die Steuer in dem anderen Mitgliedsstaat von dem Leistungsempfänger geschuldet wird und keine Gutschrift vereinbart wurde.

Führt der Unternehmer eine sonstige Leistung in einem anderen Mitgliedsstaat aus, so ist die Rechnung bis zum fünfzehnten Tag des Monats, der auf den Monat folgt, in dem der Umsatz ausgeführt wurde, auszustellen. In dieser Rechnung sind die Umsatzsteuer-Identifikationsnummern des Unternehmens und des Leistungsempfängers anzugeben.

3. Frist zur Rechnungslegung bei innergemeinschaftlichen Lieferungen

Auch bei innergemeinschaftlichen Lieferungen ist die Rechnungslegung innerhalb von fünfzehn Tagen nach Ablauf des Kalendermonats vorgeschrieben.

4. Abzug der Einfuhrumsatzsteuer als Vorsteuer bereits bei der Entstehung

Das Recht auf Abzug der Einfuhrumsatzsteuer ist nicht mehr davon abhängig, dass diese auch tatsächlich gezahlt worden ist. Die Entstehung der Einfuhrumsatzsteuer muss durch einen zollamtlichen Beleg nachgewiesen werden.

5. Vorsteuerabzug bei innergemeinschaftlichen Erwerben

Der Vorsteuerabzug ist nur noch bei Erwerben nach § 3d Satz 1 UStG möglich; also bei den Erwerben, die im Inland bewirkt werden. Ein Vorsteuerabzug nach § 3d Satz 2 UStG für die Umsätze, bei denen der Erwerb über die Verwendung von deutschen Umsatzsteuer-Identifikationsumsätzen im Inland fingiert wird, ist nicht mehr zulässig.

6. Belegnachweis bei Lieferungen innerhalb der EU

Wir verweisen insoweit auch auf unsere Mandanten-Information Juli/August. Mit Wirkung zum 1.10. 2013 wird der Belegnachweis für die Umsatzsteuerfreiheit von Lieferungen innerhalb der EU neu geregelt. Statt der bislang grundsätzlich gesetzlich vorgesehenen sog. Gelangensbestätigung kann der Nachweis, dass die Ware tatsächlich in einen anderen EU-Staat gelangt ist, größtenteils auch anders

geführt werden (in sog. Abholfällen, d. h. in Fällen, in denen der Abnehmer den Liefergegenstand in den Bestimmungsmitgliedstaat befördert, ist die Gelangensbestätigung allerdings weiterhin erforderlich).

Hintergrund: Lieferungen in andere EU-Staaten sind umsatzsteuerfrei. Voraussetzung für die Umsatzsteuerfreiheit ist u. a. der sog. Belegnachweis: Der Unternehmer muss durch Belege nachweisen, dass die Ware tatsächlich in einen anderen EU-Staat gelangt ist. Seit 2012 verlangt der Gesetzgeber die sog. Gelangensbestätigung. Dies stieß auf große Kritik, weil diese in vielen EU-Staaten unbekannt ist und das hierfür vorgefertigte Formular nur in englischer, deutscher und französischer Sprache angeboten wurde. Deshalb beanstandete es die Finanzverwaltung bisher nicht, wenn der Belegnachweis nach den bis 2011 geltenden Vorschriften geführt wird.

7. Neue Pflichtangaben bei Reiseleistungen und Differenzbesteuerung

Mit dem AmtshilfeRLUmsG werden auch die Pflichtangaben für die verschiedenen Anwendungsbereiche der Margenbesteuerung präzisiert. Wo bisher in der Rechnung ein Hinweis auf die Sonderregelungen genügte, muss künftig bei Reiseleistungen (§ 25 UStG) die Formulierung „Sonderregelung für Reisebüros“, bei der Differenzbesteuerung nach § 25a UStG (je nach Sachverhalt) die Formulierung „Gebrauchtgegenstände/Sonderregelung“ bzw. „Kunstgegenstände/Sonderregelung“ bzw. „Sammlungstücke und Antiquitäten/Sonderregelung“ zwingend verwendet werden. Voraussichtlich wird auch die Verwendung der englischen Begriffe "Margin scheme/Travel agents" bei Reiseleistungen, "Margin scheme/Second-hand goods" bei Gebrauchtgegenständen, Margin scheme/Works of Art" bei Kunstgegenständen bzw. "Margin scheme/Collectors' items and antiques" bei Sammlungstücken und Antiquitäten von der Finanzverwaltung nicht beanstandet (BMF, Schreiben (Entwurf) v. 10.12.2012, IV D 2 - S 7280/12/10002).

8. Kroatien wird EU-Mitglied zum 1. Juli 2013

Über die umsatzsteuerlichen Auswirkungen informiert ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums.
http://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Steuern/steuern.html?__nnn=true

Da die umsatzsteuerlichen Regelungen immer komplexer werden, empfehlen wir, die in Ihrem Unternehmen abgebildeten Geschäftsvorfälle aus umsatzsteuerlicher Sicht regelmäßig zu überprüfen. Neben den Formalien (Rechnungen, Nachweise, Prüfung von ID-Nr.), dem Binnenmarkt und Drittlandsgeschäft sind nach unseren Erfahrungen immer wieder sog. „Dreiecksgeschäfte“ und „Reihengeschäfte“ kritisch zu würdigen sowie Konsignationslager im Ausland.